

Inserate: Die Petitzeile 1 Sgr.

N. 320.

Abendblatt. Freitag, den 12. Juli.

1867.

Deutschland.

Berlin, 11. Juli. Wenn die Presse gewiß mit Recht im Allgemeinen als das Organ der öffentlichen Meinung und als berufene Vertreterin der allgemeinen Interessen betrachtet wird, so dürfte doch der Finanzminister vielleicht sich berechtigt halten, die vorurtheilsfreie unparteiische Stellung der Presse bei der Diskussion über Besteuerung der Presse in Zweifel zu ziehen und in dieser Frage die Stimme oder Interessen des Publikums mit denen der Presseorgane nicht vollständig zu identifizieren. Natürlich behauptet auch die Presse nur im Interesse des Lesenden und annoncierenden Publikums gegen jede Art einer Pressebesteuerung zu protestieren, das Publikum hat aber nur ein mittelbares, die Zeitungen ein unmittelbares Interesse an Beseitigung der Zeitungs- oder Inseratensteuer; da außerdem diese doch immer den Ersatz auf anderem Wege bedingt, der vielleicht dem Publikum nicht minder lästig ist, als die Zeitungssteuer, so wird man einem Finanzminister das Recht nicht ganz abschprechen dürfen, die Polemik der Presse gegen Zeitungs- und Inseratensteuer als eine oratio pro domo zu betrachten, nicht aber als unbefangener Ausdruck der öffentlichen Meinung. Nachdem sich die Regierung bereit erklärt hatte, aus Rücksicht auf die loyale und patriotische Haltung der Presse in den neuen Landestheilen dieselben mit der Zeitungsstempelsteuer zu verschonen, und diese baldigst für den Umfang der ganzen Monarchie gegen die Inseratensteuer zu vertauschen, hätte es jedenfalls im allgemeinen wie im besonderen Interesse der neuen Landestheile gelegen, diesen Fortschritt, das Gute, einstweilen dankbar zu acceptiren und die Erreichung des etwaigen Besseren, der Abschaffung jeder Art von Pressebesteuerung, für spätere Zeiten vorzubehalten. Durch die unzeitgemäße Opposition gegen die Inseratensteuer hat dagegen die Presse sich selbst die Aussicht auf Verbesserung verdoeben, anstatt die Regierung zu weiteren Konzessionen zu zwingen. Die Regierung hat sich dadurch genöthigt gesehen, eine festere Position einzunehmen und durch Ausdehnung der Zeitungsstempelsteuer auch die neuen Provinzen die Konformität der Einrichtungen im ganzen Staate zu sichern. Wenn die neuen Landestheile oder wenigstens deren Presseorgane darunter zu leiden haben, so kann die Regierung die Verantwortlichkeit mit dem Hinweis auf die von ihr vorgeschlagene Erleichterung von sich ablehnen. Irthümlicher Weise wird oft behauptet, daß das jetzt bestehende Gesetz über die Erhebung der Zeitungssteuer aus dem Manteuffelschen Regime herrühre, dies ist nicht begründet. Die Liberalen können vielmehr selbst das Verdienst der Urheberchaft in Anspruch nehmen, da die Zeitungssteuer auf Grund des Gesetzes von 1861 erhoben wird, dies also unter der liberalen Ära mit Zustimmung der Liberalen-Kammer gegeben worden ist. Die Drohungen einzelner Blätter, daß der Reichstag andere Bewilligungen eventuell von der Abschaffung der Zeitungsstempelsteuer bedingen werde, ist in jeder Beziehung verfehlt; denn der Reichstag hat mit dieser Steuer überhaupt Nichts zu thun, außerdem aber muß jede Volksvertretung, sei es im Landtag oder im Reichstag, nach bester Ueberzeugung alle nöthigen und zweckmäßig befundenen Steuern bewilligen ohne derartige Vorbehalte, die nicht unmittelbar zur Sache selbst gehören. — In Hamburg ist bei der Diskussion über Freibafen oder Zollanschluß auch darauf hingewiesen worden, daß der Reichstag event. unter Zustimmung der gesetzgebenden Faktoren des Bundes einfach über den Eintritt der Hansestädte in den Zollverein Beschluß fassen könne, da dem Bunde die Gesetzgebung über Zoll- und Handelswesen zustebe. Art. 34 enthält zwar eine spezielle Bestimmung über die Stellung der Hansestädte zum Zollverein, die Möglichkeit einer Entscheidung durch Bundesbeschluß auf Grund des Artikels 4 pos. 2 und 35 bleibt aber doch nicht ausgeschlossen, da jede Verfassung durch verfassungsmäßigen Beschluß abgeändert werden kann. Von der preussischen Regierung dürfte jedoch eine solche Pression oder Initiative in dieser Angelegenheit keinesfalls zu erwarten oder zu befürchten sein. — Die Angabe eines Blattes, daß über die Verhältnisse des Grafen-Verbandes in Nassau höheren Orts Bericht eingefordert worden sei, ist relativ richtig, jedoch unvollständig; es werden überhaupt die Vorbereitungen zur Einberufung aller Kategorien der in den neuen Landestheilen zur Vertretung im Herrenhaus Berechtigten getroffen mit Ausnahme der Kategorie des alten und besessenen Grundbesitzes. Es ist nicht zu bezweifeln, daß Graf Bismarck für die vollständige Erfüllung seiner im Januar d. J. vor dem Herrenhause abgegebenen Erklärung Sorge tragen wird, und von dem König ist selbstverständlich eine Vereinträchtigung dieser Rechte auf keine Weise zu erwarten. — Die nordamerikanische Regierung hat nach London, Paris und Berlin Kommissare zur Anknüpfung von Postverbindungen gesandt. Auch mit Oesterreich soll bis zum 1. Januar 1868 ein neuer Postvertrag Seitens des norddeutschen Bundes oder im Namen desselben abgeschlossen werden, desgleichen mit Italien und der Schweiz, sobald ein bezügliches Arrangement, zunächst zwischen den süddeutschen Staaten selbst, auf dem zwischen deren Verband und dem norddeutschen Bund zu Stande gekommen sein wird. Bis jetzt sind die süddeutschen Staaten unter sich noch zu keinem Postvertrag überein gekommen.

Berlin, 11. Juli. Es heißt den Sinn und Charakter des Königs Wilhelm ganz und gar verkennen, wenn man, wie es in einigen hiesigen Blättern und auch in Korrespondenzen von hier geschehen ist, die Meinung verbreitet, es sei von Sr. Majestät übel vermerkt worden, daß der Jahrestag von Königgrätz verhältnißmäßig so still vorübergegangen. Die stille Art der Feier hat vielmehr den Gefühlen des Königs wie den Absichten der Regierung durchaus entsprochen. Bei Sr. Majestät dem Könige hat namentlich dabei auch der Gesichtspunkt obgewaltet, daß eine mehr laute und prunkhafte Feier zum Theil für die jetzigen Verbündeten Preußens verlegend gewesen wäre. Es ist deshalb, offenbar recht ab-

sichtlich, auch die Feierlichkeit der Fahnenweihe nach Potsdam verlegt worden, um eben bloß als militärisches Fest dort begangen zu werden.

Hannover, 10. Juli. Ueber die Auswahl der hannoverschen Vertrauensmänner äußert sich der unabhängige „Hann. Cour.“ wie folgt: „Im Ganzen ist bei Auswahl der Persönlichkeiten mit großer Umsicht und Unparteilichkeit verfahren; alle politischen Standpunkte sind berücksichtigt worden. Es sind keine Herren aus der ersten Kammer zurückgewiesen, weil dieses Haus vor kaum Jahresfrist Krieg „gegen den Bundesfriedensbrecher Preußen“ forderte; es sind die hervorragendsten Mitglieder der liberalen Partei zweiter Kammer berufen, wenngleich sie in den inneren Fragen mit dem gegenwärtigen Minister des Innern schwerlich in dauernder Harmonie sich befinden werden.“

Ges, 10. Juli. Der König wohnte gestern Abend der Theatervorstellung bei, welche im großen Saale des Kurhauses gegeben wurde. Zur Aufführung kam die einaktige komische Oper: „La permission de dix heures“, welche vom Komponisten Hrn. J. Offenbach selbst dirigirt ward. Genannte Oper ging gestern überhaupt zum ersten Male in Scene. Außer dem König wohnten der Großfürst Vladimir und Prinz Georg von Preußen der Vorstellung bei. In einiger Entfernung des Prinzen saßen die Adjutanten der hohen Herrschaften, sowie Dr. von Lauer, etwas entfernt vom Großfürsten der Hofmarschall Graf von Perponcher mit seiner Gemahlin — geb. v. Moltke — sowie der Regierungs-Präsident von Diest aus Wiesbaden. Die Aufführung schien zu gefallen.

Marburg, 9. Juli. Aus Anlaß der hier auftauchenden Gerüchte, das Jäger-Bataillon werde von hier verlegt, hat der Oberbürgermeister Rudolph eine Audienz bei Sr. Maj. dem Könige nachgesucht und erhalten, in welcher die beruhigende Versicherung ertheilt wurde, daß eine Verlegung nicht in der Absicht liege.

Wien, 9. Juli. Der Vicemiral Tegethoff, welcher nach Mexiko abreist, um daselbst bei Juarez für die Auslieferung der Leiche Maximilians zu wirken, wird nicht in offiziieller Eigenschaft, sondern als Vertrauensmann der kaiserlichen Familie bei dem Präsidenten auftreten, und die „Novara“ geht nur deshalb in die mexikanischen Gewässer, weil gegenwärtig die daselbst stationirte Korvette „Elisabeth“ zu dem doppelten Zweck der Heimführung des kaiserlichen Leichnams und der Ueberlieferung der noch in Mexiko oder in New-Orleans befindlichen Reste der österreichischen Legion nicht ausreichen würde. Dem Herrn v. Tegethoff ist heute noch eine ehrenvolle Auszeichnung zu Theil geworden. Der hiesige Gemeinderath hatte den Vicemiral nach der Schlacht bei Lissa zum Ehrenbürger Wiens promovirt, und die demmalige Anwesenheit des berühmten Seehelden ist dazu benützt worden, ihm das betreffende, sehr reich ausgestattete Diplom zu überreichen.

Bern, 7. Juli. Die Jesuiten im Wallis sind nun laut offiziiellen Bericht aus ihren Lehrstellen in Sitten und Brig ausgetreten und durch neue Lehrkräfte ersetzt. — Auf der Pariser Weltausstellung erhielt die Schweiz einen großen Preis, drei zweite und einen dritten Preis; 23 (ober 28?) goldene, 78 silberne, 12 bronzene Medaillen und 98 Ehrenmeldungen. Der große Preis wurde dem Genfer Hilfscomité für die Verwundeten auf dem Schlachtfelde zuerkannt.

Paris, 11. Juli, Nachmittags. Die Königin von Preußen erschien gestern auf der Soirée der Herzogin von Hamilton und machte heute Vormittag einen zweistündigen Besuch in der Ausstellung. Der Großherzog von Sachsen-Weimar und der preussische Botschafter Graf Goltz befanden sich in der Begleitung der Königin. Dieselbe nahm das Dejeuner im Botschaftshotel ein und besuchte darauf die Anstalt der barmherzigen Schwestern in der Rue St. Guillaume.

Paris, 9. Juli. Der Sultan war gestern Abend im Hotel de Ville, wo man Alles so hergerichtet hatte, wie wenn der große Ball stattfinden sollte. Der Sultan und sein Gefolge trafen um 9½ Uhr dort ein. Die Außenseite des Stadthauses war glänzend erleuchtet. Am Eingange des Ehrenhofes empfingen der Seine-Präfect Hausmann, der Polizei-Präfect Pietri und der Präsident des Gemeinderathes den Sultan. Im Ehrenhofe selbst waren Frau Hausmann, die Mitglieder des Gemeinderathes und die Maires der Stadt Paris, sowie ihre Frauen versammelt. Der Sultan brückte zu verschiedenen Malen seine Zufriedenheit über den ihm gewordenen Empfang, sowie überhaupt über die Sympathie aus, welche ihm in Paris zu Theil geworden. Nachdem einige Erfrischungen dargereicht worden, verließ der Sultan um 10½ Uhr das Stadthaus. Außer den Gemeinderathes-Mitgliedern und den Maires war fast Niemand geladen worden.

Der „Newyork Herald“ veröffentlicht folgende Briefe, die von höchstem historischen Interesse sind: Maximilian an den Minister Lares, 9. Februar 1867. „Mein lieber Minister! Don Theobaldo Lares! Die gegenwärtige Lage Mexikos berührt mich tief. Alle in der Absicht angewandten Pläne, unsern Bürgerkrieg zu beenden, dienen nur zur Ausdehnung desselben, und überall, wo Anstrengungen versucht werden, unser Kaiserreich zu befestigen, werden Ströme von Blut vergossen, ohne daß dadurch der geringste Nutzen gewonnen wird. Man hatte gehofft, daß, sobald das Reich von der französischen Intervention befreit sein würde, unser Betragen einen wohltätigen Einfluß sowohl zu Gunsten des Friedens als auch des ganzen Volkes haben würde. Unglücklicherweise hat das Gegentheil stattgefunden und die auf ewig bedauerlichen Niederlagen bei San Jacinto und Monte de las Cruces, anstatt uns zu enttäuschen, befestigen in einer unaußersichtlichen Weise zwei der bittersten Erinnerungen des Kaiserreichs. Man versprach uns großen Nutzen von dem Resultate der Erfahrung, des Tactes, der

Loyalität und dem Einflusse der Generale Mejta, Miramon und Marquez. Der Erste hat den Dienst unter dem Vorwande schlechter Gesundheit verlassen, der Zweite hat in der ersten Schlacht, und fast ohne sich zu schlagen, alle zu seiner Befügung gestellten Hülfquellen vergeudet und der Letzte, nachdem er Erpressungen, begleitet von den gewaltsamsten Maßregeln, gegen die arbeitenden und friedlichen Klassen der Bevölkerung begangen, hat eine schlecht entworfene Expedition unternommen, deren blutige Resultate man nie achten wird. Während dieser Zeit haben sich unsere Finanzen erschöpft und es wären uns Zwangsanleihen nöthig, um den Dienst der verschiedenen Zweige der Verwaltung zu sichern. Diese Anleihen sind jedoch unausführbar geworden, selbst wenn wir zu verbrieftlichen Mitteln und zu Verordnungen, welche außerordentliche Steuern auslegen, unsere Zuflucht nehmen wollten. Die letzteren würden viel mehr gehässig, als fruchtbringend sein. Die republikanischen Streitkräfte, welche man mit Unrecht als desorganisirte, demoralisirte und vernichtet, in der einzigen Hoffnung auf Plünderung, dargestellt hatte, geben der Bevölkerung andererseits durch ihr Betragen die Ueberzeugung, daß sie eine homogene Armee bilden, deren Hebel der Muth und die Ausdauer eines einzigen Chefs sind, eine Armee, von der großen Idee bewegt, daß sie ihre nationale Unabhängigkeit, welche nach ihrem Ermessen durch die Errichtung unseres Kaiserreichs kompromittirt wird, vertheidigt. In einer so kritischen Sachlage kann es nicht mehr nügen, an die Volkstimme zu appelliren, denn diese Stimme würde nur das Votum einiger Einwohner der durch die kaiserlichen Waffen besetzten Städte hervorbringen. Der Augenblick für einen solchen Appell ist vorüber und wir müssen jetzt gänzlich darauf verzichten. Ich bin Mexiko gegenüber die feierliche Verpflichtung eingegangen, nie die Ursache größeren Blutvergießens zu sein. Die Ehre meines Namens und die ungeheure Verantwortlichkeit, welche mein Gewissen beschwert, sowohl Angesichts Gottes wie Angesichts der Geschichte, haben meinen Entschluß herbeigeführt, nicht zu warten, um so großen Uebeln ein Ende zu machen. Ich erwarte daher mit gerechtfertigter Ungeduld Ihre Ansicht über die Maßregeln, welche Sie passend erachten, um die bestehende Crisis mit den Ideen, welche ich in diesem Briefe an den Tag lege, in Einklang zu bringen; Sie dürfen nur die Wohlfahrt und das Glück des Volkes im Auge haben, indem Sie jedes Interesse politischer und persönlicher Art bei Seite setzen. Ich verbleibe der Ihre. (gez.) Maximilian.“

Antwort des Ministers Lares. Mexiko, 10. Februar. Sire, Ihr gestriger Brief hat mich sehr ergriffen, und meiner Pflicht gehörend, habe ich sofort die Minister versammelt, über die ich die Ehre habe den Vorstoß zu führen. Nach gewissenhafter Prüfung der in jenem Briefe entwickelten Ideen, war unser erstes Gefühl, die Funktionen, die Ew. Majestät uns anvertraut haben, niederzulegen, weil wir uns überzeugt fühlten, daß das gegenwärtige Ministerium nicht im Stande sein würde, die schwere Aufgabe, welche Ew. Majestät zu verfolgen beabsichtigen, zu erfüllen. Das Ministerium glaubt, daß in der äußersten Lage, wohnin uns das unpolare Verfahren der französischen Regierung geführt, nur die Ausrottung des einen der streitenden Theile den Triumph des anderen herbeiführen und schließlich den Frieden sichern könne. Es giebt übrigens eine Rücksicht, welche uns verbindet hat, unsere Demission zu geben. Es ist der Muth und die Unregelmäßigkeit, mit welchem Ew. Majestät den Rath ihrer Räte angenommen, und den Entschluß gefaßt hat, an der Spitze der Nation, ohne Furcht vor den Schwierigkeiten und den Gefahren, welche Sie umgeben, zu bleiben. Es wird unsere Pflicht, den Thron zu vertheidigen und mit Ew. Majestät alles Bittere der Gegenwart sowohl als auch die Ungewissheiten der Zukunft zu theilen. Da wir diesen Beschluß gefaßt haben, bitten wir Ew. Majestät, unserer Anhänglichkeit an Ihrer Person Rechnung zu tragen, und das Opfer zu würdigen, welches wir unserer Ansicht bringen, indem wir suchen dem Kriege durch Maßregeln, gegen welche wir eine so große Abneigung haben, ein Ende zu machen. Diesen Antecedenten und dem jüngsten Beschluß Ew. Majestät gegenüber, werde ich dasjenige erklären, was ich als das einzige anwendbare Mittel betrachte, die Crisis, welcher Mexiko während der letzten vier Monate anheimgefallen, zu Ende zu führen. Vor Allem muß man der Hauptstadt die Kalamitäten einer Belagerung und die Schrecken einer Erstürmung ersparen. Die Lösung muß daher auf einem andern Punkte unternommen werden, z. B. in Queretaro, wo sich noch immer Anhänger des Kaiserreichs befinden. Indem auf diesem Punkte die größtmögliche Anzahl regulärer Truppen unter dem Befehle der tüchtigsten und loyalsten Generale konzentriert werden, um eine respectable Armee aufzuweisen, wäre es zweckmäßig, daß Ew. Majestät deren Oberbefehl übernähmen. Diese Maßregel ist notwendig, um alle Rivalitäten zum Schweigen zu bringen, welche zwischen uns unvermeidlich sind, wenn zwei oder eine größere Anzahl von Offizieren von Rang einander zur Seite stehen. Sobald eine wirkliche formidable Fronte entfaltet sein wird, welche den Republikanern verständlich macht, daß sie noch energischen Widerstand zu bekämpfen haben, dann wäre es an der Zeit, Konferenzen mit Don Benito Juarez zu eröffnen. Es ist wahrscheinlich, daß er dieselben zurückweisen wird, und darin läge die wirkliche Schwierigkeit. Jedoch, um zu reussiren, müßten Aufrufe im Namen der Nation ergehen, welche selbst die Männer vernichten muß, die die Ermüdung der Nation durch Fortsetzung des Krieges erhöhen. Auf keinen Fall dürfen wir Juarez vorschlagen, selbst einen Appell ans Volk zu richten. Juarez hat fanatische Ideen hinsichtlich der Legalität seines Anspruchs, und er hat den guten Glauben, daß er das Volk repräsentire. Man müßte sich daher auf das spezielle Ziel beschränken, durch einen National-Kongress folgende konstitutionelle Reformen feststellen zu lassen: 1) Die Wahl der Senatoren-Kammer, 2) die Ernennung auf Lebenszeit

